

# **91. Arbeits- und Sozialministerkonferenz 2014**

**Umlaufbeschluss vom 10.09.2014**

## **Übertragung von Aufgaben im Rohrfernleitungsrecht auf die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)**

**Antragsteller: Rheinland-Pfalz**

### **Beschluss:**

1. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder nehmen den Bericht der durch Beschluss der 81. UMK vom 15.11.2013 eingesetzten Arbeitsgruppe zur Klärung der Rahmenbedingungen für eine Übertragung der Anerkennung von Prüfstellen nach § 6 Rohrfernleitungsverordnung auf die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik zur Kenntnis.
2. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder stimmen dem Ergebnis der Arbeitsgruppe zu und empfehlen die Aufgabenübertragung auf die ZLS zur Gewährleistung einer kompetenten, effizienten und einheitlichen Durchführung der Anerkennungsverfahren im Rohrfernleitungsrecht. Da die Aufgabenübertragung auf die ZLS noch in den jeweiligen Landeshaushalten abgesichert werden muss, ist die Umsetzung unter entsprechenden Haushaltsvorbehalt zu sehen.
3. Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder bitten das Land Bayern als Sitzland der ZLS die erforderliche Änderung des Abkommens über die ZLS zu veranlassen.